

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 119. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Juli 2011**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Genehmigung der Lieferung von mehr als 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien (SPIEGEL ONLINE vom 2. Juli 2011, FAZ vom 3. Juli 2011, DER SPIEGEL vom 4. Juli 2011) vor dem Hintergrund von Saudi-Arabiens Intervention in Bahrain und der Lage im Nahen Osten?

2. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zum jetzt bekannt gewordenen Zustandekommen des Waffengeschäfts über die Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern von Deutschland an Saudi-Arabien hinsichtlich der Zahlung nützlicher Aufwendungen sowie der Vermittler, Unterstützer in der Bundesregierung und Nutznießer dieses Waffengeschäfts?

3. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche besonderen außen- und sicherheitspolitischen Gründe führt die Bundesregierung für die Genehmigung der am 4. Juli 2011 durch das Magazin „DER SPIEGEL“ gemeldeten Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien an, und wie bewertet die Bundesregierung die Vereinbarkeit dieser Lieferung mit den einzelnen Kriterien des EU-Kodex für Waffenausfuhren?

Geschäftsbereich des Auswärtiges Amts

4. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die geplante Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien mit ihren Äußerungen, an der Seite der Demokratiebewegung in den arabischen Ländern zu stehen?
5. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien die Menschenrechtssituation in dem Land, vor allem vor dem Hintergrund, dass im Zuge der Proteste in Nordafrika und im Nahen Osten immer wieder Militär gegen Demonstranten zum Einsatz kam und es bereits saudi-arabische Militäreinsätze gegen Demonstranten in Bahrain gegeben hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

6. Abgeordnete
Sabine
Leidig
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung den Bericht des Magazins „DER SPIEGEL“ (Ausgabe 27 vom 4. Juli 2011) zur Kenntnis genommen, wonach die Deutsche Bahn AG bzw. deren Töchter DB ProjektBau GmbH und DB Netz AG seit 2002 die Kosten für das Projekt Stuttgart 21 (S 21) gegenüber der Öffentlichkeit „systematisch geschönt“ haben (Oktober 2002: öffentlich kommunizierte Kosten 2,6 Mrd. Euro – interne Berechnung: 3,3 Mrd. Euro; März 2005: öffentlich kommunizierte Kosten 2,8 Mrd. Euro – interne Kalkulation: 4,1 Mrd. Euro; Juli 2011: öffentlich kommunizierte Kosten 4,1 Mrd. Euro – interne Kalkulation: 5,2 Mrd. Euro), und war sie über die internen Kalkulationen des bundeseigenen Unternehmens informiert?

Berlin, den 5. Juli 2011